

Die Bilanz der FDP-Fraktion
im Hessischen Landtag - Juli 2011

HALB ZEIT

Inhaltsverzeichnis

3 Vorwort

Fachgebiete

- 4 Schule und Bildung
 - 6 Integration
 - 8 Wirtschaft, Mobilität und Verkehr
 - 10 Haushalt und Finanzen
 - 12 Innenpolitik
 - 14 Recht und Justizvollzug
 - 16 Soziales
 - 18 Umwelt, Landwirtschaft, Energie und Verbraucherschutz
 - 20 Wissenschaft, Kunst und Kultur
 - 22 Europa
-

24 Übersicht der MdL

-
- 26 Referenten, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
 - 27 Impressum

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die christlich-liberale Koalition hat 2009 in Hessen Regierungsverantwortung übernommen, um eine verlässliche Politik mit nachhaltigem gesetzgeberischen Wirken und neuer wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Dynamik umzusetzen. Unter den Handlungsmaximen Vertrauen – Freiheit – Fortschritt sind wir angetreten, unser Bundesland erfolgreich und zukunftsorientiert in das zweite Jahrzehnt des neuen Millenniums zu führen. Zur Halbzeit der Legislaturperiode können wir nun festhalten, dass wir mit großem Einsatz und hohem Tempo weit gekommen sind. Der Koalitionsvertrag, den wir gemeinsam mit unserem Partner CDU geschlossen haben, ist zu einem Großteil abgearbeitet. Jeden Tag kommen weitere Aufgaben und Herausforderungen auf uns zu. Viele Projekte tragen eine deutlich liberale Handschrift oder wurden überhaupt erst von uns auf die Agenda gesetzt.



In den schwierigeren Zeiten der Weltwirtschaftskrise haben wir als Verantwortungsträger für unser Land pragmatische Entscheidungen getroffen. Vorrangiges Ziel war es, die hessische Wirtschaft zu stabilisieren, Arbeitsplätze zu sichern und unser Land sicher durch die Krise zu steuern. Mit dem Landeskonzunkturprogramm in Höhe von 1,7 Mrd. Euro haben wir dabei Neuland betreten. Außergewöhnliche Zeiten erfordern jedoch außergewöhnliche Maßnahmen. Heute gibt uns der Erfolg recht. Die hessische Wirtschaft wächst dynamisch, die Auftragsbücher im Mittelstand sind voll und nie zuvor waren mehr Menschen in Hessen in Beschäftigung als heute.

Im Folgenden geben wir Ihnen einen kurzen Überblick über die Sacharbeit unserer Fraktion im Hessischen Landtag. Wenn Sie sich ansehen, was wir in der ersten Halbzeit bereits umgesetzt haben, werden Sie feststellen: Unser Wort gilt!

Gleichzeitig beginnt jetzt die 2. Halbzeit, die von uns vollen Einsatz fordert. Dazu sind wir in höchstem Maße motiviert, denn beim Umgang mit neuen Sachfragen zeigt sich immer wieder, dass liberale Politik auch für neue Probleme unserer Zeit die richtigen Antworten hat.

Diese Antworten wollen wir auch weiterhin im engen Dialog mit Ihnen erarbeiten. Damit wir gemeinsam Hessen weiterentwickeln, Lebensqualität und Wohlstand sichern und den Erfolg unseres Landes fortsetzen.

Herzlichst,

Ihr

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Florian Rentsch".

Florian Rentsch MdL | Fraktionsvorsitzender

Schule und Bildung

Die FDP hat einen Paradigmenwechsel in Hessens Bildungslandschaft umgesetzt:
Hessens Schulen werden selbständig!

Mit dem Hessischen Schulgesetz (Drs. 18/3635, 4045 und 4117) haben wir die Selbstständige Schule nun gesetzlich verankert und mit Schulvielfalt und Schulwahlfreiheit zentrale Elemente liberaler Bildungspolitik gestärkt. Schulen können damit freier und mit mehr Eigenverantwortung handeln und eigene bedürfnisorientierte Schwerpunkte setzen.

Damit erhalten und fördern wir nicht nur den Schulfrieden in Hessen, sondern machen unser Schulsystem zukunftsfähig. Langwierige Strukturdebatten sind beendet. Mit der Mittelstufenschule haben wir zudem ein neues Angebot vorwiegend für die Haupt- und Realschulen geschaffen. Durch die Möglichkeit von Schulverbünden und Verbundschulen geben wir eine Antwort auf den demographischen Wandel, denn Schulvielfalt muss auch im ländlichen Raum gewährleistet werden.

Hessens Schulen bieten wir ab dem kommenden Schuljahr einen modernen Handlungsrahmen, der Freiräume schafft für die beste Bildung und faire Chancen für jedes Kind.

Unser Arbeitskreis – für Sie ansprechbar:



Mario Döweling MdL

Schulpolitischer Sprecher,
Sprecher für Denkmalschutz



Wolfgang Greilich MdL

Stellvertretender Fraktionsvor-
sitzender, Innenpolitischer Sprecher



Wilhelm Reuscher MdL

Sprecher für Petitionen



Dorothea Henzler MdL

Hessische Kultusministerin

Einführung der Selbstständigen Schule

Die Schulen erhalten zukünftig den notwendigen Freiraum, um über Unterrichtsgestaltung und Unterrichtsorganisation, bei der Verwendung der finanziellen Mittel sowie in Fragen der Personalverantwortung eigenverantwortlich zu entscheiden. Sie können dadurch besser auf die Bedürfnisse vor Ort eingehen, ihr Schulprofil weiterentwickeln und jede Schülerin und jeden Schüler bestmöglich fördern. Die Schulgemeinde vor Ort, Lehrer, Eltern und Schüler können nun selbst entscheiden, was gut für ihre Schule ist.

Schulen können einen Antrag auf Umwandlung in eine erweiterte „Selbstständige Schule“ stellen und eine noch größere Selbstständigkeit wahrnehmen. Im Zuge dessen erhalten sie größere Entscheidungsspielräume bei der Stellenbewirtschaftung, der Personal- und Sachmittelverwaltung und dem flexiblen Einsatz der Lehrkräfte. Selbstständige berufliche Schulen bekommen das Recht, sich zu Anstalten öffentlichen Rechts zu wandeln, wenn sie im Verbund von Hessencampus arbeiten.

Einführung der Mittelstufenschule

Die Mittelstufenschule stellt ein attraktives und freiwilliges Angebot für Haupt- und Realschulen dar. Unter der Maxime „Ein Eingang, zwei Ausgänge“ stellen wir über gemeinsames Lernen und behutsame Binnendifferenzierung den bestmöglichen individuellen Bildungserfolg für jedes Kind sicher. Durch die Weiterentwicklung der Bildungsgänge und durch die Kooperation mit den beruflichen Schulen oder Ausbildungsbetrieben werden sowohl der Praxisbezug als auch die Berufsorientierung gestärkt.

Wegbereiter für ein inklusives Schulsystem

Wir stehen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Hessen und setzen uns dafür ein, dass die sonderpädagogische Förderung weiterentwickelt wird. Im neuen Schulgesetz ist festgelegt, dass zukünftig alle Schülerinnen und Schüler in der Regelschule angemeldet werden können. Die Beschulung in der Regelschule soll von der Ausnahme zur Regel werden. Dennoch sollen Eltern auch die Wahlmöglichkeit auf Beschulung ihres Kindes in einer Förderschule haben. Für uns steht auch künftig das einzelne Kind im Mittelpunkt unserer Politik.

Neue Lehrer(aus-)bildung

Auch in der Lehrerbildung haben wir deutliche Akzente gesetzt und vor allem die zweite Phase der Lehrerausbildung grundlegend reformiert. Durch das neue Lehrerbildungsgesetz (Drs. 18/3595 und 18/4046) konnten wir den Vorbereitungsdienst verkürzen und die bewerteten Ausbildungsmodule reduzieren. Gleichzeitig bleibt die Qualität der Ausbildung auf hohem Niveau erhalten. Lehrkräfte können sich zukünftig mehr auf den eigenverantwortlichen Unterricht als Kerngeschäft ihrer Ausbildung konzentrieren. Denn guter Unterricht braucht gute Lehrer.

Darüber hinaus soll auch der Praxisanteil in der ersten Phase der Lehrerausbildung unter Beibehaltung des hohen fachlichen Niveaus erhöht werden. Die bürokratische Verpflichtung zur Sammlung von Fortbildungspunkten haben wir abgeschafft. Damit werden wir die Lehrerausbildung in Hessen nachhaltig verbessern und den Praxisbezug deutlich verstärken.

Schulbesuch für Kinder von Eltern mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus

Aufenthaltsrechtliche Schwierigkeiten der Eltern dürfen nicht die Bildungschancen der Kinder beeinträchtigen. Bildung ist der zentrale Schlüssel für Integration und Zukunftschancen. Gerade Defizite im Kindesalter sind später umso schwerer wieder auszugleichen. Deshalb haben wir es auf unbürokratischem Wege möglich gemacht, dass nun auch Kinder, deren Eltern mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus in Deutschland leben, in die Schule gehen und lernen können. Wir schaffen Bildungschancen für jedes Kind!

Kräftige Investitionen

Wir investieren in Bildung. Neben den strukturellen Veränderungen haben wir die Bildungsausgaben kräftig aufgestockt. Nie zuvor waren die Bildungsausgaben in Hessen höher als in dieser Legislaturperiode. Von 1999 bis 2010 sind die Bildungsausgaben von 2,34 Mrd. Euro auf 3,32 Mrd. Euro gestiegen. Beginnend mit der Legislaturperiode in 2009 haben wir 1650 neue Lehrerstellen in Hessen geschaffen.

Zum Schuljahr 2011/2012 werden weitere 500 neue Lehrerstellen folgen. Bis zum Ende der Legislaturperiode möchten wir 2.500 neue Lehrerstellen in Hessen schaffen und die 105%ige Lehrerversorgung realisiert haben. Am Unterricht wird nicht gespart!

Integration

Hessen ist ein vielfältiges, tolerantes und weltoffenes Land. Leitlinien hessischer Politik sind, faire Chancen zu vermitteln, Leistung zu honorieren, gesellschaftlichen Aufstieg zu ermöglichen und Ausgrenzung zu vermeiden. Dies gilt gerade auch für Zugewanderte. Erfolgreiche Integrationspolitik trägt ganz wesentlich dazu bei, diese Möglichkeiten zu bieten. Deshalb hat die Hessische Landesregierung der Integrationspolitik besondere Priorität eingeräumt. Die FDP-Fraktion hat dafür gesorgt, dass erstmals überhaupt ein Integrationsministerium geschaffen wurde. Daher ist Hessen auf dem Gebiet der Integration weit vorn.

Die liberal geprägte Politik der Landesregierung setzt für unser Bundesland die richtigen Akzente, um die seit Jahren hier in Hessen lebende Gemeinschaft von Menschen mit unterschiedlichsten kulturellen und geographischen Hintergründen zu erhalten und weiter auszubauen. Hessen bietet für viele Menschen mit Migrationshintergrund ein offenes und freundliches Klima des Willkommens. Migration und grenzüberschreitende Mobilität sind in einer globalisierten Welt ganz selbstverständliche Teile einer jeden Gesellschaft.

Unser Arbeitskreis – für Sie ansprechbar:



Hans-Christian Mick MdL

Integrationspolitischer-, jugend- und
behindertenpolitischer Sprecher



Dr. Frank Blechschmidt MdL

Kommunalpolitischer Sprecher,
Beisitzer im Fraktionsvorstand



Stefan Müller MdL

Rechts- und Verkehrs-
politischer Sprecher



Jörg-Uwe Hahn MdL

Stellvertretender Ministerpräsident,
Hessischer Minister der Justiz,
für Integration und Europa

Integrationskonferenz

Mit der Integrationskonferenz unter Federführung von FDP-Integrationsminister Jörg-Uwe Hahn hat die FDP die notwendigen Schritte unternommen, um im Dialog mit allen Betroffenen die Grundlagen für die Fortführung einer erfolgreichen Politik des gemeinsamen Miteinanders zu schaffen. In der bundesweit ersten Konferenz dieser Art haben sich alle relevanten gesellschaftlichen Akteure zusammengefunden. Sie bildet den Rahmen für die Diskussion und Vorbereitung wichtiger Kernbereiche der hessischen Integrationspolitik. Zudem sorgt sie durch eine transparente und offene Kommunikation bereits im Vorfeld für ein besonders hohes Maß an Akzeptanz für integrationspolitische Leuchtturmprojekte.

Enquetekommission

Auch der Landtag befasst sich im Rahmen der Enquetekommission Migration mit der Frage nach den Grundlagen für eine erfolgreiche Integrationspolitik und die Lösung der aufgrund von Migration auftretenden Schwierigkeiten (Drs. 18/1172). In zahlreichen Anhörungen haben Experten im Rahmen der Kommission bereits eine Vielzahl von Gesichtspunkten und Möglichkeiten zur Sprache gebracht, wie die vorhandenen Instrumente der liberalen hessischen Integrationspolitik noch weiter verbessert oder sinnvoll ergänzt werden können.

Modellregionen Integration

Wir haben die Einführung der sechs Modellregionen „Integration“ in ganz Hessen entscheidend vorangetrieben. Die FDP begreift Integration als gesellschaftliche Querschnittsaufgabe. Bildungs-, Wirtschafts-, Kultur-, Sport- und Innopolitik greifen beim Thema Integration ineinander und machen den Erfolg einer vielfältig geprägten Gesellschaft auf gemeinschaftlicher Wertegrundlage erst möglich. In den Modellregionen Integration können mit finanzieller Unterstützung des Landes die vielen unterschiedlichen kleineren Projekte und Initiativen besser und effektiver koordiniert werden.

Synergien bei der Zusammenarbeit von verschiedenen Akteuren werden genutzt und gefördert. Durch das Zusammenführen der Initiativen unter dem gemeinsamen Ziel einer funktionierenden und gelebten Integration wird in den Modellregionen auch wirkungsvoll für Akzeptanz geworben. Der Erfolg der Modellregionen hat somit weit über die geographischen Grenzen hinaus positive Ausstrahlungswirkung.

Einführung islamischen Religionsunterrichts

Ein weiterer Beitrag zur Integrationspolitik ist die weltoffene Gestaltung unserer Schulen für die wachsende Zahl von Menschen mit muslimischem Hintergrund in unserem Land. Die Einführung von Islamunterricht an hessischen Schulen bildet ein Angebot für die vielen muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in Hessen, die sich auch im religiöskulturellen Unterrichtsangebot staatlicher Schulen wiederfinden können müssen. Hiermit ist auch keine Abwertung der christlich-jüdischen Tradition unseres Landes verbunden, sondern das Angebot eines weltoffenen und zu Toleranz erziehenden Islamunterrichts ergänzt diese um eine Facette gesellschaftlicher Realität. Ein Angebot von islamischen Religionsunterricht würde zweifelhaften Predigern, die keinerlei staatlicher Aufsicht oder Qualitätskriterien unterliegen, die Attraktivität nehmen.



Wirtschaft, Mobilität und Verkehr

Hessen steht heute im Vergleich der Bundesländer hervorragend da. Unser Bundesland ist deutlich schneller, stabiler und besser aus der Krise gekommen als die Bundesrepublik insgesamt. Darüber hinaus konnte das in der Vergangenheit bestehende Nord-Süd-Gefälle nachhaltig ausgeglichen werden. Die Situation auf dem hessischen Arbeitsmarkt ist weiter von einem langfristigen Aufwärtstrend geprägt. Die Arbeitslosenquote lag im Mai 2011 hessenweit nur noch bei 5,8 Prozent.

Diese Entwicklung ist auch der effektiven Wirtschaftspolitik der Landesregierung zu verdanken. Wirtschaftskrisen erfordern schnelle Reaktionen. Wir haben die Landeskonzunkturmittel in Höhe von 1,7 Mrd. Euro durch höhere Vergabegrenzen unbürokratisch an die Stellen geleitet, wo sie ankommen sollen, nämlich bei den Handwerkern und Mittelständlern in den Regionen unseres Landes. Dadurch wurden Ausbildungs- und Arbeitsplätze in Hessen nachhaltig gesichert und regionale Wertschöpfung gestärkt.

Unser Arbeitskreis – für Sie ansprechbar:



Jürgen Lenders MdL

Wirtschaftspolitischer Sprecher,
Schatzmeister der Fraktion



Fritz W. Krüger MdL

Europapolitischer, mittelstands-
und finanzdienstleistungs-
politischer Sprecher



Stefan Müller MdL

Rechts- und Verkehrs-
politischer Sprecher



Dieter Posch MdL

Hessischer Minister für Wirtschaft,
Verkehr und Landesentwicklung

Ausbau von Frankfurt Rhein-Main und Startschuss für Kassel-Calden

Mit dem Ausbau des Frankfurter Flughafens sichern wir 70.000 bestehende Arbeitsplätze und schaffen die Voraussetzungen für 40.000 neue. Damit stärken wir den größten deutschen Flughafen als eines der bedeutendsten Luftfahrtdrehkreuze der Welt und sichern die zentrale Position der Rhein-Main-Region in Hessen und in Deutschland.

Mit dem Spatenstich für Kassel-Calden haben wir den Startschuss für den Bau eines leistungsfähigen Regionalflughafens gegeben und damit eine der wichtigsten Infrastruktur-Investitionen für Nordosthessen auf den Weg gebracht. Damit haben wir die Grundlage für weiteres wirtschaftliches Wachstum und zusätzliche Ansiedlung von Unternehmen gelegt und steigern gleichzeitig die Attraktivität der Region für Investoren aus dem In- und Ausland.

Ausbau der Straßen – der Verkehr rollt besser

Wir bauen die A44 weiter. Bis 2015 sollen die Wirtschaftsräume von Nordhessen und Thüringen verbunden und durch Verkehr hoch belastete Orte nachhaltig entlastet werden.

Auch für den Weiterbau der A49 ist inzwischen der Bau- und Finanzierungsplan zwischen Hessen und dem Bund beschlossen. Die Bauarbeiten haben bereits begonnen. Damit sind wir einen bedeutenden Schritt in Richtung Ziel einer Nord-Süd-Achse von Hamburg nach Basel vorangekommen.

Durch die Einführung von Streckenbeeinflussungsanlagen und die temporäre Freigabe von Seitenstreifen sorgen wir dafür, dass der Verkehr in Hessen besser läuft. Mit einem Sonderinvestitionsprogramm „Schlaglochbeseitigung“ konnten wir Winterschäden in kürzester Zeit beheben und die Straßen wieder ebnen.

Breitbandversorgung im ländlichen Raum

Einer der entscheidendsten Standortfaktoren für eine Wirtschaftsansiedlung in unseren Tagen ist die Breitbandversorgung auch im ländlichen Raum. Deshalb wird das Breitbandnetz und damit die Datenautobahn in Hessen kontinuierlich ausgebaut. Um eine möglichst flächendeckende Versorgung auch im ländlichen Raum zu ermöglichen, hat das Wirtschaftsministerium den Förderbetrag auf 5,2 Mio. Euro erhöht. Es wird ein Mix aus Funk- und VDSL-Technologien realisiert und eine schrittweise Versorgung mit Glasfaserkabel angestrebt. Erfolgreiche Modellversuche, etwa im Odenwaldkreis, zeigen eindrucksvoll Hessens Weg in die Zukunft.

Wi-Bank

Die FDP hat für eine effiziente und schnelle Wirtschaftsförderung gesorgt, indem die Wi-Bank nun alleine als zentraler Ansprechpartner für die Wirtschaftsförderung auftritt. Es ist dabei gelungen, umfangreiche Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrise umzusetzen, das Fördergeschäft deutlich auszuweiten und die Integration der Förderinstitute zu erreichen.

Modernes Baurecht, Vereinfachung für Gaststätten

Die Novellierung der Hessischen Bauordnung (Drs. 18/2523 und 18/3015) sorgt dafür, dass Bauen in Hessen künftig kostengünstiger, einfacher und schneller erfolgen kann. Das bedeutet mehr Freiheit, aber auch mehr Verantwortung für den Bauherrn. So wurde die Liste genehmigungsfreier Bauten ausgedehnt. Bei Gaststätten markiert nicht mehr die Zahl der Gäste (bisher 40) sondern die Grundfläche (120 m² im Erdgeschoss bzw. 70 m² in anderen Geschossen) die Sonderbaugrenze. Auch die Regeln für Bauten an der Grundstücksgrenze sind vereinfacht worden.

Stärkung der Metropolregion Rhein-Main

Für die zentrale Wirtschaftsregion Rhein-Main wurde das Ballungsraumgesetz zum Metropolregiongesetz (Drs. 18/2733) weiterentwickelt. Das Gesetz schafft eine stärkere Vernetzung der Region und verkürzt Entscheidungswege. Damit bündelt es die Kräfte der Region. Durch die Mitgliedschaft von Landräten und Oberbürgermeistern im Regionalvorstand wird dieser noch besser vernetzt und kann als zentraler Ansprechpartner die Aktivitäten in der Region koordinieren. Der neue Regionalverband Frankfurt/Rhein-Main ist zentraler Ansprechpartner für Unternehmen, Verbände und Politik.

Haushalt und Finanzen

Die Verankerung der Schuldenbremse in der hessischen Verfassung war ein wichtiges Anliegen, die hessischen Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen auf den schwierigen Weg, den Landshaushalt zu konsolidieren und zukunftsfest zu machen. Mit der Schuldenbremse sichern wir die finanzielle Handlungsfähigkeit kommender Generationen. Weniger Schulden bedeuten eine geringere Zinslast und größere politische Gestaltungsmöglichkeiten für künftige Generationen. Die Umsetzung dieser gemeinsamen Strategie zur nachhaltigen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte mit neuen verbindlichen Regeln zur wirksamen Schuldenbegrenzung ist daher unerlässlich.

Unser Arbeitskreis – für Sie ansprechbar:



Alexander Noll MdL

Sprecher für Haushalt, Verwaltungssteuerung und Finanzcontrolling



Leif Blum MdL

Parlamentarischer Geschäftsführer,
Sprecher für Finanzen und Steuern



Dr. Matthias Büger MdL

Sprecher für Hochschule,
Forschung und Technologie

Umsetzung der Schuldenbremse – Hessens Zukunft ohne Schulden

Mehr als 70 Prozent der Bürgerinnen und Bürger stimmten am 27. März 2011 dem Volksentscheid für die Schuldenbremse zu und haben damit den Weg frei gemacht für Hessens Zukunft ohne Schulden. Sie haben durch ihr Votum ein deutliches Signal für mehr Sparsamkeit und Effizienz gesetzt. Ab dem Jahr 2020 soll Hessen keine neuen Schulden mehr aufnehmen. Dafür hat sich die FDP-Fraktion stark gemacht. Die Nettokreditaufnahme wird von ca. 3 Mrd. Euro im Jahr der Wirtschaftskrise 2008 bis 2014 auf 1,3 Mrd. Euro in Rekordzeit abgesenkt und halbiert.

Die FDP-Fraktion stellt sich dieser Herausforderung mit einer nachhaltigen und generationengerechten Haushaltspolitik. Klares Ziel ist es, ab dem Jahr 2020 den Landeshaushalt ohne neue Schulden auszugleichen. Darum wird die FDP-Fraktion jetzt konsequent den Abbau der Neuverschuldung angehen.

Wirtschafts- und Finanzkrise – mit den richtigen Impulsen die Wirtschaft stärken

Hessen hat mit seinem Sonderinvestitionsprogramm 1,7 Mrd. Euro zur Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise aufgewendet. Kein anderes Bundesland hat so viel eigene Fördermittel zur Verfügung gestellt! Kombiniert mit bereits bestehenden Fördermaßnahmen ergab sich ein umfassendes Hilfsangebot für hessische Unternehmen, um den Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise möglichst erfolgreich zu entgehen. Zusammen mit den Mitteln des Bundes wurden in Hessen insgesamt Investitionen in Höhe von 2,6 Mrd. Euro ermöglicht und getätigt.

Einen Großteil, nämlich 1,2 Mrd. Euro, haben wir für die Renovierung und Sanierung von Schulen sowie in den Ausbau von Ganztagschulen bereitgestellt. Hinzu kommen 670 Mio. Euro für **kommunale Infrastrukturprojekte** wie Krankenhäuser, Sportanlagen, Verwaltungsgebäude, Kindertagesstätten, Bürgerhäuser. Weitere 540 Mio. Euro können im Bereich der **Hochschulen** investiert werden und mit ca. 200 Mio. Euro, die zusätzlich für den hessischen **Straßenbau** vorgesehen sind, stärken wir die Mobilität in Hessen.

Bereits bis Mitte 2011 wurden 80 Prozent der Fördergelder abgerufen. Durch Erleichterungen bei den Vergabeverfahren konnten wir zudem sicherstellen, dass der weit überwiegende Teil der Aufträge an örtliche und regionale Unternehmen in Hessen vergeben wurde. Hessisches Geld sichert hessische Arbeitsplätze.

Unsere Investition hat sich gelohnt: Hessen hatte im vergangenen Jahr mit einem Plus von 3,6 Prozent das stärkste Wirtschaftswachstum seit fast 40 Jahren und ist damit besser durch die Wirtschafts- und Finanzkrise gekommen als Deutschland insgesamt.



Klage gegen den Länderfinanzausgleich – für eine leistungsgerechte Neuberechnung

Zwischen 1999 bis 2009 hat Hessen laut Finanzministerium fast 26 Mrd. Euro in den Länderfinanzausgleich entrichtet, gleichzeitig aber knapp 13 Mrd. Euro neue Schulden machen müssen. 13 Empfängerländern stehen nur drei ständige Geberländer gegenüber: Hessen, Bayern und Baden-Württemberg. Allein im vergangenen Jahr zahlte Hessen rund 1,9 Mrd. Euro in das Solidarsystem.

Deshalb hält es die FDP-Fraktion für unabdingbar, die derzeitige Regelung des Länderfinanzausgleichs vor dem Bundesverfassungsgericht überprüfen zu lassen. Wenn nur ein paar wenige erfolgreiche Länder einen Großteil der anderen Länder unterstützen müssen und diese Nehmerländer dann Projekte umsetzen, für die in Hessen keine Finanzmittel mehr zur Verfügung stehen, geht dies weit über die vom Grundgesetz vorgeschriebene Angleichung der Lebensverhältnisse hinaus.

Das ist nicht solidarisch, sondern schlicht ungerecht. Es kann nicht sein, dass Nehmerländer ihre Ausgaben steigern statt ihre Haushalte zu konsolidieren. Eine Reform der Ausgleichsregelungen ist somit unabdingbar. Das bestehende System des Länderfinanzausgleiches muss gerechter, transparenter und leistungsorientierter gestaltet werden.

Im Auftrag der FDP-Fraktion hat der Mainzer Verfassungsrechtler Prof. Dr. Hanno Kube ein Gutachten über die Erfolgsaussichten einer solchen Klage erstellt. Das Gutachten bestätigt, dass der Länderfinanzausgleich in seiner jetzigen Ausgestaltung an mehreren Stellen verfassungswidrig ist. Wenn sich die Nehmerländer jetzt nicht rasch zu Gesprächen über eine Neuordnung des Länderfinanzausgleichs bereit erklären, muss eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht erfolgen.

Kommunaler Rettungsschirm – Unterstützung verschuldetter Kommunen

Die Landesregierung bietet den Kommunen einen kommunalen Rettungsschirm an, der den Kommunen bei ihrer Schuldenbekämpfung helfen soll. Hierzu wollen wir bis zu 3 Mrd. Euro zur Verfügung stellen.

Mit dem Kommunalen Rettungsschirm unterstützt die FDP-Fraktion die Kommunen bedarfsoorientiert und zielgenau. Die Konsolidierungsangebote sind Hilfe zur Selbsthilfe. Sie sollen in Kombination mit eigenen Anstrengungen der betroffenen Kommune sicherstellen, dass die finanzielle Leistungsfähigkeit wieder dauerhaft gewährleistet ist. So wird die kommunale Selbstverwaltung und Handlungsbasis nachhaltig gesichert und gestärkt.

Innenpolitik

Sicherheit und Freiheit sind im politischen Alltag als zwei Seiten derselben Medaille oft gegenläufigen Interessen ausgesetzt. Nach Vorstellung der FDP dient jedoch jedes staatliche Handeln nur der Verwirklichung und Garantie der Freiheitsrechte unserer Bürgerinnen und Bürger. Die Interessen von staatlichen Behörden und Sicherheitsapparaten sind häufig auf eine stetige Vermehrung ihrer Befugnisse und Eingriffsrechte gerichtet. Dies sehen die Liberalen mit großer Skepsis, denn was aus Behördensicht wünschenswert sein mag, ist aus Sicht der Freiheit nicht immer nötig.

Dort wo gefordert wird, dass der Staat Befugnisse eingeräumt bekommen sollte, die in die Freiheit der und des Einzelnen massiv eingreifen, fordern wir zum Schutz unbescholtener Bürgerinnen und Bürger wirksame Hürden und Beschränkungen, Kontrollrechte und Dokumentationspflichten – und setzen diese auch durch! Damit wird gewährleistet, dass der Staat den Einzelnen nicht unter Generalverdacht stellt, und nur soweit in die Rechte seiner Bürger eingreift, wie es absolut unabdingbar ist.

Die FDP ist und bleibt die einzige Partei, die sich im Zweifel für die Freiheit entscheidet.

Unser Arbeitskreis – für Sie ansprechbar:



Wolfgang Greilich MdL

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender,
Innenpolitischer Sprecher



Dr. Frank Blechschmidt MdL

Kommunalpolitischer Sprecher,
Beisitzer im Fraktionsvorstand



Helmut von Zech MdL

Sport- und verbraucherschutz-
politischer Sprecher

Das liberalste Polizeigesetz (Drs. 18/861)

Die FDP hat die Herausforderung der veränderten Bedrohungslage durch terroristisch motivierte Straftaten mit großem Verantwortungsbewusstsein angenommen und sehr sorgfältig und verlässlich an praktikablen Lösungen gearbeitet. Freiheit und Sicherheit stehen in Hessen in einem ausgewogenen Verhältnis. Wir bieten so viel Schutz wie nötig bei so wenig Eingriffen wie möglich.

Der Einsatz von Kennzeichenlesegeräten wurde entsprechend den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts geregelt. Der flächen-deckende Einsatz bleibt dabei weiter unzulässig. Genauso dürfen Bewegungsbilder nicht erstellt werden. Die Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen haben wir zeitlich befristet. Erstmals haben wir auf Landesebene Berufsgeheimnisträger unter besonderen Schutz gestellt.

Datenschutz

Seit 1. Juli 2011 wurde in Hessen eine lange Forderung der FDP-Fraktion rechtskräftig umgesetzt: Der private und öffentliche Datenschutz wurden unter einem Dach beim Hessischen Datenschutzbeauftragten gebündelt (Drs. 18/3869). Gleichzeitig ist Hessen – wo einst am 7. Oktober 1970 das erste Datenschutzgesetz der Welt verabschiedet wurde – das erste Bundesland, welches die vom Europäischen Gerichtshof geforderte völlige Unabhängigkeit so weitgehend umsetzt, dass es damit wieder Vorbild im Bund und in Europa ist. Denn kein anderes Bundesland hat die Vorgaben der europäischen Datenschutzrichtlinie und des Europäischen Gerichtshofs so gut und so weitgehend umgesetzt wie Hessen.

Damit gibt es jetzt in Hessen nur noch eine Anlaufstelle für datenschutzrechtliche Eingaben und Anfragen. Organisatorisch werden Verwaltungskapazitäten und Know-How gebündelt. Informationspflichten und Berichte des Datenschutzbeauftragten haben einen neuen Stellenwert bekommen.

Mit verschiedenen Initiativen mahnt die FDP-Fraktion immer wieder Verbesserungsbedarf beim Datenschutz an und weist auf die Notwendigkeit der Datensparsamkeit, gerade im Zusammenhang mit neuen technischen Entwicklungen hin (Aktuelle Stunde betreffend „Stopp-schild für Google“, Drs. 18/2407), Kleine Anfrage „Erfassung von Netzdaten durch Dritte“, Drs. 18/2328). Mit einer Bundestagsinitiative haben wir dringend notwendige Änderungen beim Datenschutz in Sozialen Netzwerken angestoßen (Drs. 18/3774).

Die Online-Durchsuchung ist und bleibt in Hessen weiter unzulässig. Des Weiteren ist nun auch bei Polizeimaßnahmen der Kernbereich privater Lebensgestaltung speziell berücksichtigt. Ist dieser betroffen, sind Überwachungsmaßnahmen unzulässig. Bestehen insoweit Zweifel, muss ein Richter entscheiden. Zusätzliche Eingriffsmaßnahmen wurden unter Richtervorbehalt gestellt.

Damit konnte die FDP-Fraktion eine Fülle neuer, beziehungsweise modifizierter Regelungen mit deutlich liberaler Handschrift kennzeichnen. Dadurch wird die Sicherheit in Hessen weiter gesteigert und gleichzeitig werden die Bürgerrechte geschützt und gesichert.

Mehr direkte Demokratie, mehr Teilhabe

Für mehr direkte Demokratie und mehr Teilhabe an gesetzgeberischem Handeln des Landtags und der Landesregierung haben wir erhebliche Erleichterungen für Volksbegehren und Volksentscheide beschlossen (Drs. 18/2727).

Ferner ermöglichen wir den Bürgerinnen und Bürgern in Hessen, Politik noch stärker aktiv mitgestalten zu können. Damit haben wir ein weiteres maßgebliches liberales Anliegen aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt.

Für den Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens sind nun nur noch die Unterschriften von mindestens 2 Prozent der bei der letzten Landtagswahl Stimmberechtigten erforderlich. Dies sind rund 45.000 Unterschriften weniger als bisher. Die für den Antrag erforderlichen Unterschriften können jetzt in einer Frist von 2 Monaten gesammelt werden. Die Frist wurde somit um das Vierfache verlängert.

Ganz neu ist, dass jetzt auch erstmalig die hessischen Bürgerinnen und Bürger selbst einen Gesetzentwurf in den Hessischen Landtag einbringen können. Während bisher Gesetzentwürfe nur von mindestens fünf Abgeordneten, einer Fraktion oder der Landesregierung eingebracht werden konnten, haben wir es ermöglicht, dass auch Initiativen von Bürgerinnen und Bürgern direkt vom Plenum beraten werden können.

Ähnliche Erleichterungen beim kommunalen Bürgerbegehren sind bereits in das parlamentarische Verfahren eingebracht (Drs. 18/4031). Damit schaffen wir echte Teilhabe!

Recht und Justizvollzug

Die FDP-Fraktion setzt in Hessen in der Rechtspolitik wichtige liberale Akzente. Sie geht dabei die Ursachen und Reformen auch in der Rechtspolitik kraftvoll an, statt lediglich Symbolpolitik und Symptombekämpfung zu betreiben. Konzentration und Spezialisierung von Aufgaben führen absehbar dazu, dass die Justiz besser, menschlicher und für den Steuerzahler im Vergleich auch günstiger werden wird.

Unser Arbeitskreis – für Sie ansprechbar:



Stefan Müller MdL

Rechts- und Verkehrs-
politischer Sprecher



Jochen Paulus MdL

Sprecher für Kunst und Kultur
sowie Justizvollzug



Dr. Frank Blechschmidt MdL

Kommunalpolitischer Sprecher,
Beisitzer im Fraktionsvorstand



Jörg-Uwe Hahn MdL

Stellvertretender Ministerpräsident,
Hessischer Minister der Justiz,
für Integration und Europa

Gerichtsstrukturreform

Das Justizministerium hat durch das Projekt „Konsolidierung und Kompensation“ (KuK) unter Einbeziehung der beteiligten Gerichtspräsidenten, Bezirksrichterräten und Bezirkspersonalräten eine maßgebliche Gerichtsstrukturreform in Hessen vorbereitet. Den Vorschlägen des Landesrechnungshofes aus dem Jahr 2005 folgend, werden die hessischen Arbeitsgerichte um fünf Standorte reduziert. Kleinere Amtsgerichte werden in größere Nachbaramtsgerichte eingegliedert.

Damit wurde der Weg bereitet zu einer an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichteten Justiz, die zugleich bürgernah und effizient arbeitet. Unter Beibehaltung und Stärkung der hohen Qualität werden in der hessischen Justiz durch strukturelle Maßnahmen Ausgaben reduziert, Ressourcen gebündelt und Arbeitsabläufe optimiert.

So kann der Personalbestand unangetastet bleiben und die Stellen in der hessischen Justiz werden gesichert.

Schwerpunktstaatsanwaltschaft

Wirtschaftsstrafrecht

Im Bereich des Wirtschaftsstrafrechts hat die von der FDP-Fraktion vorangetriebene Schaffung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft mit entsprechender Zuständigkeit geholfen, vorhandene Fachkenntnisse zu bündeln und im Kampf gegen Wirtschaftskriminalität schlagkräftiger zu werden. Dies trägt zu einer nachhaltigen Stärkung des Wirtschaftsstandorts Hessen bei.

Neue Vollzugsgesetze

Hand in Hand mit einer bürgernahen und effektiven Justiz geht auch ein moderner und menschenwürdiger Strafvollzug. Die FDP-Fraktion hat im Wege der Neuordnung des Erwachsenenstrafvollzugs und der Untersuchungshaft die Weichen hierfür gestellt (Drs. 18/1396). Dabei wurde vor allem die Resozialisierung gestärkt und die Haftbedingungen wurden verbessert. Gefangene werden stärker in die Pflicht genommen. Erstmals wurde ein Täter-Opfer-Ausgleich im Gesetz vorgesehen. Mit der Festbeschreibung des geschlossenen Vollzuges als Regelvollzug wurde die Rechtslage der Realität angepasst, denn 85-90 Prozent aller Gefangenen sind im geschlossenen Vollzug untergebracht. Haftleichterungen muss sich der Gefangene zukünftig stärker erarbeiten.

Häuser des Jugendrechts

Die Häuser des Jugendrechts in Frankfurt am Main und Wiesbaden ergänzen im Bereich der Jugendgerichtsbarkeit die bereits genannten Maßnahmen ideal. In den bundesweit vorrangig von liberalen Justizministern eingeführten und maßgeblich vorangetriebenen Häusern des Jugendrechts können alle mit Jugendkriminalität und ihrer Prävention befassten Stellen und Initiativen unter einem Dach enger kooperieren und somit effizienter arbeiten. Die schnellere Ahndung von Straftaten, eine spürbare Reaktion der Gesellschaft auf Verstöße gegen die geltenden Spielregeln des Miteinanders und fachgerechte Hilfestellung zur Vermeidung von erneuter Straffälligkeit gehen in Hessen nun Hand in Hand.

Die Erfolge der Häuser nach der Einführungs- und Anlaufphase sprechen hier für sich. Informationen können einfacher ausgetauscht werden und Jugendliche haben für jedes Problem und jeden Aspekt sofort den richtigen Ansprechpartner vor Ort.



Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften

Mit der Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft auf Landesebene geht die FDP-Fraktion den rechtspolitisch richtigen Weg in eine modern und freiheitlich orientierte Gesellschaft, in der die verschiedenen individuellen Lebensentwürfe der Menschen gleichberechtigt nebeneinander stehen (Drs. 18/1405). Die Freiheit jedes Menschen, sein individuelles Leben so zu gestalten, wie man selbst es für richtig hält, nach Möglichkeit frei von staatlichen Zwängen und Nachteilen, ist für liberale Politik ein großer Gestaltungserfolg.

Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität

Einen weiteren Schwerpunkt bildet die neu geschaffene Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (ZIT) in der hessischen Staatsanwaltschaft. Die technischen Entwicklungen, vor allem im Bereich des Internets, haben die kriminelle Energie von Straftätern beflügelt. Dies erfordert auch auf Seiten der Justizbehörden, die mit Internetkriminalität zwangsläufig zu tun bekommen, den Aufbau von Kompetenzen und Fachwissen. Die Schaffung der bundesweit einmaligen ZIT ist ein weiterer erfolgreicher liberaler Baustein in der Justizpolitik des Landes Hessen.

Soziales

Liberale Sozialpolitik setzt den Menschen in den Mittelpunkt des Handelns. Jeder hat das Recht auf ein menschenwürdiges Leben und jeder hat das Recht auf so viel Freiheit wie möglich. Dafür benötigen die Menschen soziale Sicherheit. Verlässliche Vorsorge für das Alter, wirksamer Schutz bei Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Arbeitslosigkeit sowie effiziente Hilfe in Notlagen sind die Basis für Vertrauen in die persönliche Lebensplanung. Liberale Sozialpolitik ist dem Grundsatz der Generationengerechtigkeit verpflichtet. In einer schrumpfenden und älter werdenden Gesellschaft kann soziale Sicherheit nur gewährleistet werden, wenn jeder mehr Verantwortung übernimmt. Dazu wollen wir eine Sozialplanung auf den Weg bringen, die bedarfsgerechte und regional ausgewogene soziale Hilfen sichert. Diese zielgerichteten Maßnahmen treten damit einer eher unsystematischen Verteilung sozialer Hilfen im Land entgegen.

Unser Arbeitskreis – für Sie ansprechbar:



René Rock MdL

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender,
Sozial- und frauenpolitischer Sprecher,
energiepolitischer Sprecher



Hans-Christian Mick MdL

Integrationspolitischer-, jugend- und
behindertenpolitischer Sprecher



Florian Rentsch MdL

Fraktionsvorsitzender,
Gesundheits- und
familienpolitischer Sprecher

Kinder und Familien

Wir gestalten Hessen familien- und kinderfreundlicher. Über 41.000 Kinderkrippenplätze, rund 32.000 Plätze in der Schulkinderbetreuung, die Vervielfachung der Angebote an Tagesmüttern und Familienzentren, die Verbesserung der Fachkraftquote in den Kindertagesstätten oder ein 100prozentiger Versorgungsgrad bei den Kindergartenplätzen sind nur einige, deutlich sichtbare Erfolge unserer bisherigen sozialpolitischen Regierungsarbeit. Allein dieses Jahr stellen wir mehr als 100 Mio. Euro für den weiteren Ausbau in der Kinderbetreuung bereit. Mit der Umsetzung der Mindestverordnung verbessern wir zudem flächendeckend den Betreuungsschlüssel in unserem Land. Jedem vierten Kind unter drei Jahren steht inzwischen ein Betreuungsplatz zur Verfügung.

Mehr noch: Familienfreundlichkeit bedeutet für uns nicht ausschließlich den Fortschritt in der Betreuungsquote.

Mit unserem Antrag „Kinderlärm ist Zukunftsmusik“ (Drs. 18/2579) haben wir auch zu einer Änderung des Bundesimmissionsschutzgesetz beigetragen. Spielende Kinder stellen damit zukünftig keine Lärmquelle mehr dar. Kinder und Familien sollen schließlich im Mittelpunkt unserer Gesellschaft stehen. Für uns sind sie die Zukunft.



Gesundheit

Wir stärken die gesundheitliche Versorgung in Hessen. Mit der Überarbeitung des Hessischen Rettungsdienstgesetzes (GVBl. I Nr. 24 28.12.2010 S.646-653) und des Hessischen Krankenhausgesetzes (GVBl. I Nr. 23 23.12.2010 S.587-601) haben wir nicht nur die Versorgungsstrukturen – gerade zwischen ambulanten und stationären Bereich – verbessert, wir haben wesentlich mehr Qualität in die medizinische Versorgung der Bürgerinnen und Bürger gebracht. Die Hilfsfrist von 10 Minuten ist deutschlandweit die kürzeste. Mit Anreizen zur Zusammenführung von Rettungsleitstellen und ihrer Zusammenarbeit mit dem ärztlichen Bereitschaftsdienst haben wir die ohnehin vorbildliche Notfallversorgung in Hessen noch gestärkt. Krankenhäuser haben mit uns zudem mehr Gestaltungsspielräume bekommen. Die Weiterbildung der Ärzteschaft wurde verbessert. Nicht zuletzt die Hygieneanforderungen in Krankenhäusern wurden durch uns erhöht. Auch über die aktuellen Änderungen des Versorgungsgesetzes hat die Landesregierung maßgeblich dazu beigetragen, dass die medizinisch-ambulante Versorgung hessenweit zukunftsorientiert ausgestaltet werden kann.

Wahlfreiheit und Nichtraucherschutz

Wir rücken Wahlfreiheit und Eigenverantwortung wieder in den Mittelpunkt. Mit der Überarbeitung des Nichtraucherschutzgesetzes haben wir nicht nur dem Schutz der Nichtraucher, sondern ebenso den Wünschen der großen Mehrheit von Gästen und Wirten, Rechnung getragen (Drs. 18/1160). Wahlfreiheit und die Eigenverantwortung der Bürger als dominierende Prinzipien stehen nun wieder im Vordergrund. Vor allem für kleine Eckneipen wurden unverhältnismäßige Auflagen wieder aufgehoben zugunsten praktikabler und gemeinverträglicher Regelungen.

Das hessische Offensiv-Gesetz setzt zudem einen modernen Rechtsrahmen für eine Arbeitsmarktpolitik in kommunaler Eigenregie. Hilfe muss dort organisiert werden, wo man die regionalen Besonderheiten und die Probleme der Menschen am besten kennt: Vor Ort.

Umwelt, Landwirtschaft, Energie und Verbraucherschutz

Uns kommt es auf Umwelt- und Energiepolitik mit Augenmaß und Weitsicht an. Wir stellen die Freiheit, die Eigenverantwortung und das Miteinander in den Mittelpunkt. Zwang und Bevormundung wird es mit uns nicht geben. Wir nehmen die Menschen mit auf dem Weg zur notwendigen Energiewende und bringen dabei Ökologie und Ökonomie in Einklang.

Unser Arbeitskreis – für Sie ansprechbar:



Heinrich Heidel MdL

Vizepräsident des Hessischen Landtags,
Sprecher für Landwirtschaft



René Rock MdL

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender,
Sozial- und frauenpolitischer Sprecher,
energiepolitischer Sprecher



Frank Sürmann MdL

Sprecher für Umwelt, Heimatvertriebene,
Flüchtlinge und Wiedergutmachung

Energiepolitik

Energiepolitik bedeutet nach der Katastrophe von Fukushima ein völlig neues Denken. Der Stellenwert, den Atomkraft in der Bevölkerung hat und die damit verbundenen Ängste, verpflichten die Politik, die Energieversorgung zu verändern und neu zu organisieren. Die Bewertung des Restrisikos ist keine abstrakte Größe mehr.

Die FDP Hessen hat deshalb schnell beschlossen, dass die Energieversorgung in Deutschland unter Berücksichtigung der Rolle, die der Kernenergie zukommt, neu geregelt werden muss. Erneuerbare Energien müssen stärker in den Fokus rücken. Strom und Wärme müssen aber auch in Zukunft sicher, bezahlbar und umweltverträglich bleiben.

Wir begrüßen die Stilllegung der beiden Reaktoren in Biblis. Das ist ein erstes Signal, dass es uns ernst ist, die Wende bei der Energieversorgung nicht nur anzustoßen, sondern auch dauerhaft voranzubringen.

Anreize anstatt Zwang

Energiepolitik ist für uns nicht allein ökologische Nachhaltigkeit, sondern umfasst ebenso den Verbraucherschutz, die Wirtschaft und Wirtschaftlichkeit. Wir setzen nicht auf Zwang, sondern auf Anreize. Solarsatzungen, wie die von Marburg, oder ökologisch und ökonomisch unsinnige Umweltzonen in Städten sind nur plakative Symbolpolitik ohne Wirkung. Sie leisten keinen sinnvollen Beitrag für eine nachhaltige Energiepolitik.

Hessisches Nachbarrecht

Mit der Novellierung des Nachbarrechts (Drs. 18/855) haben wir eine Verbesserung der energetischen Gebäudesanierung umgesetzt und insbesondere Streitfälle im Bereich der Grenzbebauung pragmatisch geregelt. Zudem haben wir Landesbürgschaften auf Investitionen in Erneuerbare Energien ausgeweitet.

Mit dem Energiekonzept 2020 wurde eine vernünftige Grundlage gelegt, auf die wir nun effektiv aufbauen. Die CO₂-neutrale Landesverwaltung ist ein weiteres wichtiges Beispielprojekt.

Nachhaltiger Natur- und Umweltschutz

Mit der Überarbeitung des Hessischen Naturschutzgesetzes (Drs. 18/3300 und 18/3478) haben wir den Vertragsnaturschutz gestärkt, das Umweltstrafrecht weiterentwickelt und dafür gesorgt, dass der Flächenausgleich flexibler und zielgerichteter erfolgen kann. Damit hat Hessen eines der modernsten Naturschutzgesetze Deutschlands. Dieses setzt verstärkt auf „Kooperation statt Konfrontation“ und stärkt den Ökopunktehandel als marktwirtschaftliches Element. Kompensationsmaßnahmen werden damit besser koordiniert, der hohe Flächenverbrauch bei Infrastrukturprojekten wird vermindert.

Mit der Novellierung der Abwassereigenkontrollverordnung und der Fristverlängerung zur Kontrolle der Abflusszuleitungen und der öffentlichen Kanäle haben wir Hausbesitzer und Kommunen entlastet.

Hessisches Jagdgesetz

Das Hessische Jagdgesetz (Drs. 18/3762 und 18/4127) wird konstanter und praxisnäher ausgestaltet. Die Novelle verbindet den Schutz der Natur und die nachhaltige Entwicklung der Wildpopulation mit den berechtigten Interessen von Landwirten, Jägern, Förstern, Waldbesitzern und Bürgern. So gilt beispielsweise im unmittelbaren Bereich von Grünbrücken zukünftig ein Jagdverbot. Die Bewirtschaftungsgebiete für das Hochwild werden flexibilisiert. Fütterungsregelungen sowie Jagd- und Ruhezeiten wurden von uns an neueste wildbiologische Erkenntnisse angepasst.



Wissenschaft, Kunst und Kultur

Die Bereiche Wissenschaft, Forschung und Technologie sind für eine moderne zukunftsähige Gesellschaft von besonderer Bedeutung. Hessen verfügt über ein vielseitiges Innovationspotenzial und bietet ein breites qualitativ hochwertiges Angebot in allen Bereichen. Diese Potentiale gilt es, nach Ansicht der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag in Zukunft noch stärker zu nutzen und auszubauen. Dazu bedarf es einer leistungsfähigen und exzellenten Wissenschafts- und Forschungslandschaft sowie einer ausgezeichneten akademischen Bildung. Für uns haben deshalb die optimale Ausbildung von angehenden Akademikern, die Wissensvernetzung, die Forschungsleistung sowie der Technologietransfer eine hohe Priorität.

Kunst und Kultur sind für Hessen von zentraler Bedeutung für die Identität und die Lebensqualität der Menschen. An diesem Grundsatz orientiert sich liberale Kulturpolitik. Sie will einerseits das historische Erbe erhalten, aber auch andererseits einen Schwerpunkt im Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft setzen, um sie als wichtige Standortfaktoren zu nutzen. Diese können zum Erfolg und zur Attraktivität unseres Landes beitragen.

Unser Arbeitskreis – für Sie ansprechbar:



Dr. Matthias Büger MdL

Sprecher für Hochschule,
Forschung und Technologie



Mario Döweling MdL

Schulpolitischer Sprecher,
Sprecher für Denkmalschutz



Jochen Paulus MdL

Sprecher für Kunst und Kultur
sowie Justizvollzug

Hochschulpakt

Investitionen in Bildung heißt für uns auch Investitionen in Hochschulen. Deshalb haben wir einen Hochschulpakt mit einem Volumen von 1,4 Mrd. Euro abgeschlossen. Das bedeutet Planungssicherheit von 2011 bis 2015, denn die Mittel werden auch bei zurückgehenden Steuereinnahmen nicht unter die Grenze von 1,4 Mrd. Euro sinken. Sie können zudem zweimal um weitere 20 Mio. Euro aufgestockt werden. So können wir in Hessen dauerhaft eine wissenschaftlich exzellente, wirtschaftlich leistungsfähige und qualitativ hochwertige Hochschullandschaft sichern.

Schaffung zusätzlicher Studienplätze

Über den Hochschulpakt hinaus erhalten die hessischen Hochschulen finanzielle Mittel für zusätzlich eingerichtete Studienplätze. In 2010 haben wir dafür – mit dem Bund gemeinsam – 31 Mio. Euro in die Hochschulen investiert. Davon profitierten insbesondere die TU Darmstadt, die Universitäten Kassel und Marburg, die Technische Hochschule Mittelhessen und die Hochschule Fulda. Damit können zusätzliche Lehrkräfte eingebunden werden und die Infrastruktur der Hochschulen ausgebaut werden. So können wir auch zur Bewältigung der „doppelten Jahrgänge“, die sich aus dem Parallelangebot von acht- und neunjähriger Gymnasialausbildung ergeben, beitragen und der steigenden Zahl der Studierenden Rechnung tragen.

Deutschlandstipendium

Mit dem nationalen Stipendienprogramm „Deutschlandstipendium“ schlagen wir ein neues Kapitel bei der Förderung junger Akademikerinnen und Akademiker auf. Damit fördern wir begabte und leistungsstarke Studierende mit einem einkommensunabhängigen Stipendium von 300,- Euro monatlich. Privates Engagement und Engagement der Wirtschaft tragen zur Finanzierung bei. Damit soll der Anteil der Stipendiaten von 3 auf 10 Prozent erhöht werden. So können wir das Bildungssystem in Hessen nachhaltig stärken.

Forschungsprogramm LOEWE

Die „Landesoffensive zur Entwicklung wissenschaftlich-ökonomischer Exzellenz“ (LOEWE) ist ein bundesweit herausragendes Forschungsförderungsprogramm. In dieser Legislaturperiode werden dafür insgesamt 410 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Damit wird der Wissenschafts- und Forschungsstandort Hessen nachhaltig gestärkt.

HEUREKA

Im Rahmen des „Hochschulentwicklungs- und -umbauprogramm Runderneuerung, Konzentration und Ausbau von Forschung und Lehre in Hessen“ (HEUREKA) wollen wir Hessen zum modernsten Hochschulstandort in Deutschland ausbauen. Dazu sollen bis zum Jahr 2020 pro Jahr 250 Mio. Euro in die bauliche Infrastruktur der Hochschulen investiert werden, insgesamt 3 Mrd. Euro.

„Kunst ist eine Tochter der Freiheit.“

Friedrich Schiller

Europa

Europa wird immer wichtiger: Bis zu 80 Prozent unserer Gesetze finden mittlerweile ihren Ursprung in Initiativen und Vorhaben auf europäischer Ebene. Es ist daher eine besondere Herausforderung, hessische Interessen und Spielräume zu wahren, um regionale Politik optimal gestalten zu können. Dazu gehört auch das sinnvolle Ausschöpfen von EU-Fördermitteln und eine bessere Vernetzung der europäischen Regionen.

Unser Arbeitskreis – für Sie ansprechbar:



Fritz W. Krüger MdL

Europapolitischer, mittelstands- und finanzdienstleistungs-politischer Sprecher



Heinrich Heidel MdL

Vizepräsident des Hessischen Landtags,
Sprecher für Landwirtschaft



Helmut von Zech MdL

Sport- und verbraucherschutz-politischer Sprecher



Jörg-Uwe Hahn MdL

Stellvertretender Ministerpräsident,
Hessischer Minister der Justiz,
für Integration und Europa

Die FDP-Landtagsfraktion hat dazu wichtige Projekte angestoßen:

EU-Beratungszentrum Hessen

Das EU-Beratungszentrum Hessen unterstützt seit September 2009 als zentrale Service- und Anlaufstelle des Landes die Bürger, Unternehmen und Kommunen bei der Suche nach Fördermöglichkeiten der EU für ihre Projekte. Es ist beim Hessischen Ministerium der Justiz, für Integration und Europa angesiedelt. Der Dschungel der EU-Fördermittel muss nun nicht mehr von jedem Einzelnen mühsam durchforstet werden! Bisher wurden viele Fördertöpfe nicht genügend ausgeschöpft, einfach deshalb, weil sie nicht hinreichend bekannt waren.

Ein weiteres Ziel des EU-Beratungszentrums besteht darin, die Förderstrukturen in Hessen besser zu vernetzen und eine enge Zusammenarbeit mit der Hessischen Landesvertretung in Brüssel zu fördern. Dies führt dann zu einer optimalen Nutzung der EU-Fördermittel in Hessen.

Regionalpartnerschaft mit der türkischen Provinz Bursa

Im Jahr 2010 hat Hessen als erstes deutsches Bundesland eine Regionalpartnerschaft mit der türkischen Provinz Bursa geschlossen. Die Vertragsunterzeichnung fand im Beisein von Bundespräsident Christian Wulff im Oktober 2010 in Bursa statt.

Durch die Regionalpartnerschaft setzen wir nicht nur ein deutliches Zeichen an die 180.000 türkisch-stämmigen Bürgerinnen und Bürgern in Hessen. Damit fördern wir auch den kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Austausch und können die Akzeptanz einer anderen Kultur in Hessen verbessern. (Drs. 18/2197 und 18/2911).



Übersicht der MdL



Dr. Frank Blechschmidt

Kommunalpolitischer Sprecher,
Beisitzer im Fraktionsvorstand

0611/350-687

f.blechschmidt@ltg.hessen.de



Leif Blum

Parlamentarischer Geschäftsführer,
Sprecher für Finanzen und Steuern

0611/350-725

l.blum@ltg.hessen.de



Dr. Matthias Büger

Sprecher für Hochschule, Forschung
und Technologie

0611/350-757

m.bueger@ltg.hessen.de



Mario Döweling

Schulpolitischer Sprecher,
Sprecher für Denkmalschutz

0611/350-682

m.doeweling@ltg.hessen.de



Fritz W. Krüger

Europapolitischer, mittelstands- und
finanzdienstleistungspolitischer Sprecher

0611/350-728

f.krueger@ltg.hessen.de



Jürgen Lenders

Wirtschaftspolitischer Sprecher
Schatzmeister der Fraktion

0611/350-736

j.lenders@ltg.hessen.de



Hans-Christian Mick

Integrationspolitischer, jugend- und
behindertenpolitischer Sprecher

0611/350-739

h.mick@ltg.hessen.de



Stefan Müller

Rechts- und verkehrspolitischer
Sprecher

0611/350-680

stefan.mueller@ltg.hessen.de



Wilhelm Reuscher

Sprecher für Petitionen

0611/350-679

w.reuscher@ltg.hessen.de



René Rock

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender,
Sozial- und frauenpolitischer,
energiepolitischer Sprecher

0611/350-735

r.rock@ltg.hessen.de



Wolfgang Greilich

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender,
Innenpolitischer Sprecher

0611/350-732

w.greilich@ltg.hessen.de



Jörg-Uwe Hahn

Stellvertretender Ministerpräsident,
Hessischer Minister der Justiz,
für Integration und Europa,

0611/350-560

j.hahn@ltg.hessen.de



Heinrich Heidel

Vizepräsident
des Hessischen Landtags

0611/350-727

h.heidel@ltg.hessen.de



Dorothea Henzler

Hessische Kultusministerin

0611/350-730

d.henzler@ltg.hessen.de



Alexander Noll

Sprecher für Haushalt, Verwaltungssteuerung und Finanzcontrolling

0611/350-738

a.noll@ltg.hessen.de



Jochen Paulus

Sprecher für Kunst und Kultur sowie Justizvollzug

0611/350-729

j.paulus@ltg.hessen.de



Dieter Posch

Hessischer Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung

0611/350-726

d.posch@ltg.hessen.de



Florian Rentsch

Fraktionsvorsitzender,
Gesundheits- und
familienpolitischer Sprecher,

0611/350-731

f.rentscher@ltg.hessen.de



Frank Süermann

Sprecher für Umwelt, Heimatvertriebene, Flüchtlinge und Wiedergutmachung

0611/350-723

f.suermann@ltg.hessen.de



Helmut von Zech

Sport- und verbraucherschutzpolitischer Sprecher

0611/350-724

h.vonzech@ltg.hessen.de

Referenten

Auerbach, Katja

Referentin für Haushalt, Finanzen, NVS

Tel.: 0611/350 402

k.auerbach@ltg.hessen.de

Baumann, Christian

Persönlicher Referent des Parlamentarischen Geschäftsführers,
Leiter des Politischen Planungsstabes,
Referent für Grundsatzfragen

Tel.: 0611/350 568

c.baumann@ltg.hessen.de

Greimann, Sönke N.

Referent für Innen, Recht und Integration

Tel.: 0611/350 737

s.greimann@ltg.hessen.de

Hartenberger, Rico

Referent für Arbeit, Soziales und Gesundheit,
Umwelt, Landwirtschaft, Erneuerbare Energien
und Verbraucherschutz

Tel.: 0611/350 575

r.hartenberger@ltg.hessen.de

Kress, Tobias

Referent für Wirtschaft,
Verkehr und Wohnungsbau

Tel.: 0611/350 571

t.kress@ltg.hessen.de

Müller, Birgit

Referentin für Bildung und Kultur

Telefon: 0611/350 565

b.mueller@ltg.hessen.de

Toth, Vera

Referentin für Petitionen und Europa

Tel.: 0611/350 572

v.toth@ltg.hessen.de

Weber, Frank

Büroleiter des Fraktionsvorsitzenden

Tel.: 0611/350 562

f.weber@ltg.hessen.de

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Krause, Marco

Pressesprecher

Tel.: 0611/350 566

m.krause@ltg.hessen.de

Gruner, Jasmin

Leiterin Öffentlichkeitsarbeit,
Stellvertretende Pressesprecherin

Tel.: 0611/350 576

j.gruner@ltg.hessen.de

Impressum

Herausgeber

FDP-Fraktion im Hessischen Landtag
Schloßplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Tel.: 0611/350 563

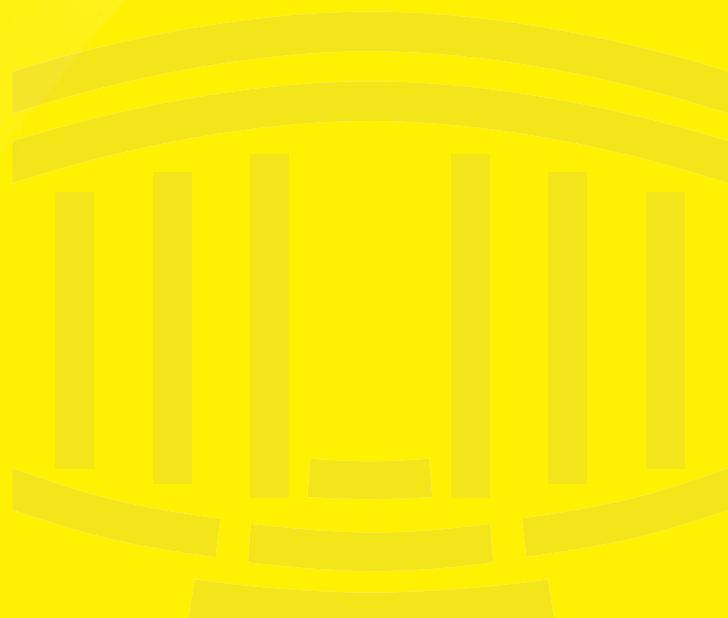
fop@ltg.hessen.de
www.fdp-fraktion-hessen.de

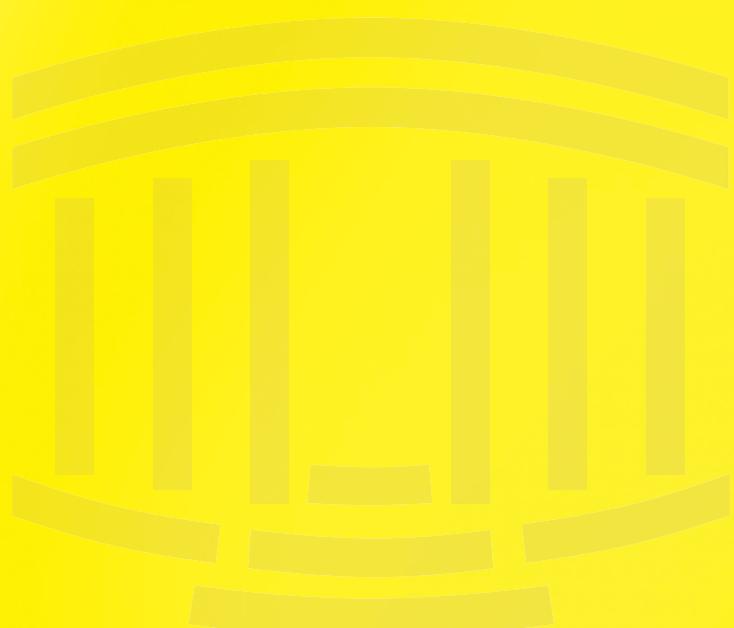
Konzept und Gestaltung

AdLiberty Werbeagentur GmbH
Taunusstraße 21
65183 Wiesbaden

www.adliberty.de

V.i.S.d.P.: Florian Rentsch MdL





FDP-Fraktion im Hessischen Landtag
Schloßplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

www.fdp-fraktion-hessen.de